Anzeigengebühren: 10 Mk. für die 8mal gespalt. Millimeterzeile Auswärts 12.00 Mk., für die Empfehlungszeile 30.00 Mk. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis vorm. 11 Uhr, kleinere bis 3 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Pruys Castrop

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 650 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 600 Mk. für den Monat, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop

Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst

Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 299 — Mittwoch, den 27. Dezember — 1922

Gegen die Vielzuvielen in den deutschen Parlamenten.

Die von Stefan Großmann und Leopold Schwarzschild herausgegebene Berliner Zeitschrift „Das Tagebuch" ist im Begriffe, eine Umfrage über den Vorschlag des Staatsministers a. D. Dominicus zu veranstalten, der dahin ging, die Zahl der Abgeordneten in allen deutschen Parlamenten auf die Hälfte zu reduzieren. An der preußischen Landesversammlung könnten dann allein etwa 200 Millionen im Jahr gespart werden. Und es kommen noch 14 Einzellandtage mit 1300 Abgeordneten in Betracht. Schließlich würde auch der Reichstag vielleicht mit 250 Abgeordneten besser als mit 500 arbeiten. Aus den in der nächsten Nummer der Zeitschrift erscheinenden ersten Antworten bringen wir hier die Aeußerungen des „Vaters der Reichsverfassung" zum Abdruck.

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

An die von Ihnen aufgeworfenen Fragen kann man meines Erachtens unmöglich von dem leidigen Diätenpunkt her herantreten. Gewiß ist der Betrag zahlenmäßig scheußlich hoch und seine Aufwendung zweifellos nicht populär; aber es ist doch nur ein Symptom unserer unsagbaren und unerträglichen Preisverhältnisse überhaupt. Im übrigen ist er verschwindend klein im Vergleich zu dem, was sonst ein ungeeignet zusammengesetztes Parlament dem Volke kosten kann.

Die Frage ist daher so zu stellen: ob die größere oder geringere Zahl von Mitgliedern eine größere oder geringere Wahrscheinlichkeit für die Güte der Arbeitsleistung und die Höhe des geistigen Niveaus eines Parlaments bietet. Leider ist diese Frage theoretisch kaum zu beantworten. Das gefühlsmäßige Urteil wird sich für die Wenigen entscheiden wollen, indem es aus dem Wort: Verstand ist stets bei Wenigen gewesen" folgert, daß die Wenigen nun auch vermutlich Verstand haben werden. Dagegen sprechen andere Erwägungen und das Vorbild der Länder älterer parlamentarischer Kultur für die größere Zahl. Sie schreiben: „Würde eine Beseitigung der Vielzuvielen in den Parlamenten nicht die Qualität der parlamentarischen Diskussion bedeutend heben?" Ganz gewiß; aber wer sagt Ihnen, daß bei einer Halbierung der Zahl die Vielzuvielen verschwinden werden und nicht die Vielzuwenigen? Die Wahrscheinlichkeit, daß von der letzteren Art etliche durchschlüpfen, ist bei vierhundert immerhin größer als bei zweihundert. In der klassischen Zeit des englischen Parlamentarismus verteidigte man die Existenz der Rotten Boroughs damit, daß sie noch am ehesten selbständige Köpfe in das Parlament gelangen ließen; und in der Tat sind einige seiner glänzendsten Zierden so hineingekommen.

Eine ganz andere und viel wichtigere Frage als die Zahl der Abgeordneten des einzelnen Parlaments ist die der Ueberzahl der Parlamente selbst. An dieser Hypertrophie der Parlamente krankt der deutsche Parlamentarismus schwer; und sie kostet dem deutschen Volke unendlich viel mehr als alle Diäten. Zwei Arten politischer Gemeinwesen und ihrer Vertretungskörper sind für ein großes Volk naturnotwendig; das nationale Gemeinwesen des Reiches und die kommunalen Gemeinwesen der Gemeinden; Art und Zahl der Zwischenglieder ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Kein Volk der Erde hat nun aber so viele solcher Zwischenglieder mit dem Apparat von Regierungen und Parlamenten wie Deutschland, und in Deutschland wieder Preußen. Während die übrigen deutschen Landtage nach ihrer tatsächlichen Bedeutung etwa mit den preußischen Provinziallandtagen auf eine Stufe zu stellen wären, ist darüber der preußische Landtag tatsächlich ein Reichstag zweiter Ordnung. Diese Verhältnisse erzeugen in Wirklichkeit jenes unklare Mißbehagen und drängen zu der Frage, wie lange noch wir in unserer Lage die Mitel aufbringen können und sollen, um solche Ueberorganisation zu erhalten, die die staatliche Arbeit nicht fördert und erleichtert, sondern erschwert und hemmt. Indessen dabei handelt es sich freilich um ein historisch eingewurzeltes Uebel deutscher Entwicklung. Und gerade die Versailler Politik hat alles getan, und nichts unterlassen, was die junge deutsche Republik an der allmählichen Heilung dieses alten Uebels hindern mußte. So lange die Franzosen am Rhein stehen, wird im Innern Deutschlands alles beim alten bleiben.

Die Reparationsfrage.

Der Verbleib französischer Aufbauvorschüsse.

Berlin, 23. Dez. In Berliner politischen Kreisen betrachtet man die Poincareschen Forderungen nach produktiven Pfändern naturgemäß mit den größten Besorgnissen und unter voller Erkenntnis der darin liegenden Gefahr. Man ist sich darüber klar, daß ein solches Begehren Frankreichs, namentlich die Klammern Frankreichs um das Rheinland festigen würde. Mit Recht besteht an maßgebender Stelle die Absicht, daß derartige wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, wie sie von Poincare und seinen Anhängern gefordert werden, im Versailler Vertrag keine Stütze haben. Solche Maßnahmen seien allenfalls — auch das ist umstritten — nur für den Fall böswilligen Verschuldens vorgesehen, jetzt handele es sich darum, daß Deutschland wirtschaftlich eben nicht leisten könne, was ihm zugemutet werde und deshalb nun das Recht auf wirtschaftliche Schonung in Anspruch nimmt, das ihm durch den Friedensvertrag für diesen Fall zugesichert ist. Bezüglich der Poincareschen Behauptung, daß Frankreich bereits 100 Milliarden Papierfranken für den Wiederaufbau Nordfrankreich ausgegeben habe, erfahren wir, daß diese Summe schwerlich zutreffen dürfte. Die Gesamtkosten für den Wiederaufbau in Nordfrankreich wurden seinerzeit von französischen Sachverständigen auf 15 Milliarden Goldfranken berechnet. Da aber Loucheur bereits Anfang November die aus dem Wiederaufbau erwachsenden Kosten auf 45 Milliarden Papierfranken gleich 17 Milliarden Goldfranken bezifferte, so müßte eigentlich der Wiederaufbau schon vollkommen durchgeführt sein. Daß dies aber nicht im entferntesten der Fall ist, zeige der Augenschein und würde der Umstand beweisen, daß bei Annahme der Richtigkeit der Poincareschen Ziffern nochmals 55 Milliarden für diesen Zweck ins Auge gefaßt sind. Man muß daher annehmen, daß, die Richtigkeit der Loucheurschen und Poincareschen Ziffern angenommen, der größte Teil der für den Wiederaufbau bestimmten Gelder einen ganz anderen Weg genommen hat, als den in die Taschen der Geschädigten. Es wäre deshalb angebracht, wenn die französische Regierung, die der deutschen Großindustrie beständig in der unverblümtesten Weise Bankerott vorwirft und ihr schwindelhaftes Geschäftsgebahren zu unterstellen für gut befindet, einmal ein wenig den Schleier des Geheimnisses über die Verwendung der Kredite lüften würde.

Deutschlands hoffnungslose Lage.

Berlin, 23. Dez. Der Außenminister v. Rosenberg empfing die ausländischen Journalisten zu einem Gesellschaftsabend bei sich. Einem italienischen Pressevertreter gegenüber erklärte er, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Zurzeit sei aber die Lage Deutschlands so schlimm, daß man sie als hoffnungslos bezeichnen müsse, wenn die Weltfinanz nicht das notwendige Zutrauen zu Deutschland gewinne. Rosenberg bezeichnete auch die sich hartnäckig erhaltenden Gerüchte über einen Geheimvertrag mit Rußland als durchaus unzutreffend.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

London, 23. Dez. Der Pariser Berichterstatter der Times erfährt, daß die Besprechungen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Jan.-Konferenz fortgesetzt werden, und zwar auf französischer Seite hauptsächlich durch den französischen Botschafter in London, der kürzlich Paris besuchte und Unterredungen mit Poincare hatte. In französischen offiziellen Kreisen werde darauf bestanden, daß die Grundlage der französischen Politik in der Rede ausgedrückt werde, die Poincare in der Kammer hielt, während die Bonar Laws über dieselbe Frage im Unterhause weiterhin als die Grundlage der britischen Politik angesehen werde. Es wäre daher verfrüht, anzunehmen, daß beide Standpunkte ausgeglichen seien. Frankreich sei gezwungen, die Gewährung selbst eines kurzen Moratoriums an Deutschland abzulehnen, ausgenommen gegen besondere Pfänder. Man hoffe, daß sich Frankreich mit der Verpfändung der Einkünfte begnügen werde und nicht tatsächlich die Besitzergreifung oder Uebernahme der deutschen Staatsbergwerke und Staatsforsten verlange. Man glaube, daß England vielleicht der Ueberweisung gewisser Zolleinnahmen an die Alliierten zustimmen werde. Es ist wohl bekannt, daß selbst der britische Delegierte in der Reparationskommission zwar daran zweifle, daß solche Pfänder vorteilhaft seien, jedoch der Ansicht sei, daß sie auch nicht besonders nachteilig wirken würden. Dem Berichterstatter zufolge hat Frankreich den Gedanken an die Ruhrbesetzung noch nicht aufgegeben. Es sei jede Aktion in diesem Sinne jedoch aufgeschoben worden und werde wohl nie unternommen werden, es sei denn, daß andere Pläne zur Regelung der Reparationen scheiterten.

Der Druck auf Frankreich.

London, 23. Dez. Der Daily Telegraph berichtet aus Washington, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen Beschluß über eine Teilnahme an der Pariser Konferenz erst nach dem Eintreffen des amerikanischen Botschafters in London, Harvey, in Washington treffen werde. Bis dahin werde die amerikanische Regierung versuchen Frankreich zu überzeugen, daß der Reparationsplan im Interesse Frankreichs herabgesetzt werden müsse. Das beste Mittel hierzu sei, den Beschluß über die Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit einer Sachverständigen-Kommission zu unterbreiten. Bis zum Beginn der Pariser Konferenz werde Harding verschiedene Unterredungen mit Sachverständigen über die Reparationsfrage haben. Staatssekretär Hughes werde den amerikanischen Generalkonsul in London, Skinner, empfangen, außerdem den amerikanischen Delegierten in der Reparationskommission, Boyden, und den amerikanischen Delegierten im Handelskomitee, Logan. Mehrere einflußreiche Finanzleute hätten der Regierung vorgeschlagen, die Initiative in der Reparationsfrage zu ergreifen, da dies das einzige Mittel sei, um Europa wieder aufzurichten.

Die Aussichten der Reparationsfrage.

Paris, 23. Dez. Wie der Londoner Berichterstatter des Petit Parisien meldet, scheint es nicht daß die Regierungen von London und Paris neue Verhandlungen einleiteten, um noch eine Entscheidung vor der Pariser Konferenz zu erzielen. Der französische Botschafter habe sich zwar ins Foreign Office begeben, aber die Unterredung, die er mit dem Unterstaatssekretär Growe hatte, habe sich nur auf die laufenden Fragen bezogen; die Reparationen seien nur im allgemeinen besprochen worden. Der Botschafter werde erst in einigen Tagen von Bonar Law empfangen werden. Was die Gerüchte über ein mögliche Intervention Amerikas hinsichtlich der Festsetzung der deutschen Verpflichtungen durch das Bankierkomitee betreffe, so bestätige man, daß die englische Regierung nicht einmal indirekte Vorschläge des Kabinetts von Washington erhalten habe. Aber man erkläre, daß der Quai d'Orsay und die Consulta offiziell ein derartiges Angebot durch ihre Botschafter in Washington erhalten hätten und füge hinzu, Paris und Rom hätten diesen Vorschlag für unannehmbar erklärt. Besonders die italienische Regierung habe in sehr bestimmter Form den Bankierausschuß in einer Frage, die für die Alliierten vitales Interesse hätte, abgelehnt.

*

Die Orientkonferenz.

Die gestrigen Besprechungen in Lausanne.

Paris, 23. Dez. Aus Lausanne wird gemeldet: Die privaten Unterredungen zwischen Curzon und Barrere, Garonni und Ismed Pascha wurden auch gestern fortgesetzt. Die Türken lehnen die Idee einer Kontrollkommission für die Meerengen grundsätzlich nicht mehr ab. Die Diskussion bezieht sich nur noch auf die Zusammensetzung und die Rechte dieser Kommission.

Aus dem Reiche.

Landwirtschaft und Umlage.

Erfüllung unmöglich?

Berlin, 22. Dez. Der Reichsausschuß der Landwirtschaft gibt eine Erklärung zur Frage der Brotversorgung bekannt, in der u. a. gesagt wird, daß der Reichsausschuß auf Grund seiner umfassenden Kenntnis der Ernährungslage mit Rücksicht auf die ausgesprochene Mißernte eine Erfüllung der Umlage für sachlich unmöglich hält. Entgegen den Behauptungen des Reichsernährungsministeriums, daß die Brotversorgung gesichert sei, unter der Voraussetzung, daß das Umlagegetreide entsprechend den Sätzen hereinkomme und das Reich in der Lage bleibe, die für die Getreideeinfuhr notwendigen Devisen aufzukaufen, hat der Reichsausschuß festgestellt, daß die Brotversorgung nur unter der Voraussetzung gesichert werden kann, daß mindestens 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden können. Außerdem hat er mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um eine Brotstreckung in möglichst großem Umfange herbeizuführen.

Protest einer oberschlesischen Gemeinde.

Berlin, 23. Dez. Die Entscheidung der interalliierten Grenzkommission, wonach die Gemeinde Haatsch der Tschechoslowakei einverleibt wird, hat in Haatsch und dem gesamten Kreise Ratibor große Erregung hervorgerufen. Im Auftrage der Gemeinde begab sich eine Abordnung nach Berlin, um die maßgebenden Stellen aufzufordern, eine sofortige Revision der ungerechten Entscheidung durchzusetzen. Der Ratiborer Kreistag beschloß einstimmig die Absendung eines Protesttelegramms.

Gegen das Schankstättengesetz.

Hamburg, 23. Dez. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sämtlicher Gärungsgewerbe und des Gastwirtstandes veranstalteten hier eine Kundgebung gegen das Schankstätten-Gesetz, beginnend mit der Schließung sämtlicher Lokalitäten um 12 Uhr mittags und endigend mit einer Protestversammlung bei Sagebiel. Nachdem der Vorsitzende des Zentralverbandes der Gast- und Schankwirte Groß-Hamburgs, Carl Meibohm, die schweren Schäden des Gastwirtestandes, die dieser bei Annahme des Gesetzes erleiden würde, geschildert hatte, sprachen noch der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Weinhändler Norddeutschlands, Dr. Neumann (Berlin), Dr. Walburg für den Schutzverband der Norddeutschen Brau-Steuergemeinschaft E. V. und Herr Köster (Berlin), der Präsident des Deutschen Gastwirtebundes, die alle mit ihren Ausführungen lebhaften Beifall fanden. Es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der der vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete Entwurf eines Schankstättengesetzes einmütig abgelehnt wird, weil er viel zu weit geht und die Existenz der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der genanten Gewerbe gefährdet. In einer zweiten Entschließung protestierten auch die Arbeitnehmer gegen das Gesetz, das gerade das Gegenteil des Beabsichtigten herbeiführen würde.

Die Not der Presse und die Dortmunder Handelskammer.

Dortmund, 23. Dez. Die hiesige Handelskammer faßte in ihrer letzten Vollsitzung nachstehende Entschließung: „Die immer größer werdende Not der deutschen Tages- und Fachzeitungen gebietet, daß Staats- und Gemeindebehörden, sowie Handel und Industrie der Presse in erhöhtem Maße ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Für die Gesamtheit des deutschen Volkes ist die Presse als die Vertretern der öffentlichen Meinung und als Bindeglied der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande von unschätzbarem Wert. Eine Verkümmerung des deutschen Pressewesens muß deshalb mit großer Sorge erfüllen. Nur unter erheblichen Opfern haben die deutschen Zeitungen ihre bisherige Bedeutung und Unabhängigkeit zu behaupten versucht. Soll ihnen das auch weiter möglich sein, so bedarf es der Unterstützung aller Kreise. Die Handelskammer zu Dortmund hält es deshalb für ihre Pflicht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Notlage der Presse hinzuweisen und alle Kreise des Wirtschaftslebens, sowie die Behörden aufzufordern, der Tages- und Fachpresse durch Zuwendung von Anzeigenaufträgen und Aufrechterhaltung des Bezuges Unterstützung zuteil werden zu lassen".

Landesverrat.

Oberhausen, 23. Dez. Unter dem Verdacht des Landesverrats nahm die Polizei den hier wohnenden Gemüsehändler Förterer und neun an-

dere Personen fest. Sie hatten hier in den letzten Wochen eine rege Propaganda für die rheinische Republik betrieben und Flugblätter verbreitet, in denen Unwahrheiten über die deutsche Regierung und den preußischen Staat behauptet wurden.

Eine Gedenkfeier.

Frankfurt a. M., 23. Dez. Der Magistrat beschloß auf Anregung des republikanischen Reichsbundes, anläßlich des 75. Jahrestages der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche eine Gedenkfeier zu veranstalten und wegen der Vorbereitungen mit den Reichsbehörden in Verbindung zu treten. Die Feier soll im März in der Paulskirche stattfinden.

Die Steuer vom Grundvermögen

Der Entwurf zur Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, der im Ausschuß einer dreimaligen Lesung unterworfen war, ist aus diesem mit mannigfachen Aenderungen hervorgegangen. Die zweite Lesung im Landtag hat nur unwesentliche Aenderungen gebracht, so daß der Entwurf wohl in dieser Form Gesetzeskraft erhalten wird.

Die Steuer, die nach der Regierungsvorlage am 1. Januar 1922 in Kraft treten sollte, wird jetzt vom 1. April 1923 ab erhoben. Ihr unterliegen alle landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundstücke einschließlich des lebenden und toten Inventars. Alle Einrichtungen, die zu einem der Gewerbesteuer unterliegenden Betriebe gehören, fallen nicht unter die Steuer. Erbbaurechte fallen ebenfalls unter das Gesetz. Die Steuer beträgt 6 vom Tausend des Wertes. Der Satz ist gegenüber der Regierungsvorlage um 2 vom Tausend erhöht worden. Die Festsetzung des Wertes der Grundstücke hat sehr erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Als Grundlage für den Wert gilt die Veranlagung zur Ergänzungssteuer für den Abschnitt 1917-19, und zwar wird bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, das Einfache dieses Veranlagungswertes, bei allen übrigen Grundstücken das Achtfache dieses Wertes festgesetzt. Wohnungen auf diesen Grundstücken werden nur in Ansatz gebracht, wenn ihr Mietwert am 1. Juli 1914 mindestens 5000 Mark betragen hat, und zwar wird dann für die Berechnung das Achtfache des Friedensmietwertes zugrunde gelegt. Der § 4, der vom Ausschuß gestrichen war und vom Landtag mit einer Abänderung wieder eingesetzt wurde, bestimmt, daß Neubauten, die nach dem 1. Januar 1920 bewohnbar werden, solange steuerfrei sind, wie sie Wohnzwecken dienen. Die Regierungsvorlage hatte diese Vergünstigung nur für nach dem 1. Januar 1920 bewohnbar gewordene Bauten vorgesehen. Die Steuer ist vom Eigentümer des Grundstücks zu zahlen, bei Ausnutzung des Erbbaurechts durch den Erbbauberechtigten für das Erbbaugrundstück. Nutznießer haften neben dem Eigentümer als Gesamtschuldner. Der Pächter haftet neben dem Eigentümer als Gesamtschuldner, soweit er Eigentümer des lebenden und toten Inventars ist, im Verhältnis dieses Wertes zum Gesamtwert.

Für jeden Veranlagungsbezirk ist ein Steuerausschuß zu bilden, dessen Vorsitzender der Vorsteher des Katasteramtes ist und dessen übrigen Mitglieder, die teilweise gewählt und teilweise ernannt werden, je zur Hälfte Grundbesitzer und Nichtgrundbesitzer sein müssen. Für jeden Regierungsbezirk wird ein Berufungsausschuß gebildet, deren Mitglieder ebenfalls je zur Hälfte Grundbesitzer und Nichtgrundbesitzer sein müssen. Die Veranlagung zur Steuer geschieht durch den Steuerausschuß. Die Rechtsmittel im Veranlagungsverfahren für den Steuerschuldner sind:

1. Der Einspruch gegen den Veranlagungs-Beschluß des Steuerausschusses; über den Einspruch entscheidet der Steuerausschuß.
2. Die Berufung gegen die Einspruchsentscheidung beim Berufungsausschuß.
3. Die Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Berufungsausschusses beim Oberverwaltungsgericht.

Von seiten des Steuerausschusses steht dem Vorsitzenden das Berufungsrecht an den Berufungsausschuß und dem Vorsitzenden des Berufungsausschusses die Rechtsbeschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu.

Die Steuer ist in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats des Vierteljahrs zu zahlen. Der Finanzminister kann in bestimmten Fällen die Steuern erlassen oder teilweise erstatten, wenn die Einziehung nach der Sache unbillig erscheint. Ganze oder teilweise Erstattung der Steuern ist auch für Grundstücke vorgesehen, die der Besiedlung des platten Landes oder der Schaffung von Kleinwohnungen für Minderbemittelte dienen, jedoch nur für die Zeit der Vorbereitung der Besiedlung bezw. der Bauzeit des Wohnhauses, im ganzen höchstens für drei Jahre. Diese Grundstücke müssen aber in Besitz von öffentlichen Körperschaften oder von Personenvereinigungen sein, die diesen Zweck verfolgen und deren Reingewinn sich höchstens auf 5 v. H. der Kapitalanlage beläuft. Den Gemeinden oder anderen öffentlich rechtlichen Verbänden sind Zuschläge zur Steuern gestattet, jedoch bedürfen Zuschläge von über 200 v. H. der Genehmigung nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes. Wird die Steuer für ein über mehrere Gemeinden und Gutsbezirke reichendes Grundstück erhoben, so ist sie auf diese Gemeinden und Gutsbezirke nach dem Verhältnis der in ihnen belegenen Grundstücksteile zu zerlegen. Die Geltungsdauer des Gesetzes ist auf drei Jahre (1. April 1926) beschränkt.

Frieden und Gerechtigkeit.

Reichskanzler Dr. Cuno entbot dem deutschen Volk am Samstag abend durch das Wolff-Bureau folgenden Weihnachtsgruß:

„Wenn ich denen, die mich um einige Zeilen zu Weihnachten ersucht haben, wie den anderen, die mich zu hören bereit sind, ein Wort zum Fest sagen soll, so kann es kein anderes sein, als ein Wort vom Frieden und ein Wort zum Frieden der Menschen und Völker. Die Welt ist von diesem Frieden noch weit entfernt; auch dieses Weihnachten 1922 ist mehr ein Tag der Ahnung an ihn als seiner Erfüllung. Es gibt kaum ein Volk der Erde, das tiefere Sehnsucht nach Frieden hat als das deutsche Volk. Inmitten der qualvollen Unsicherheit der Wirtschaft, die Millionen dem Schicksal der Ungewißheit preisgeben, will es sich mit den äußersten Notwendigkeiten des Lebens abfinden; nur Frieden will es und Gerechtigkeit. Das gilt nach innen wie nach außen. Es ist kein Zweifel darüber, daß diese Gerechtigkeit im inneren Wirtschaftsleben eines Volkes schwerer nach erzwingbaren Regeln zu sichern ist als irgendwo sonst. Um so notwendiger ist es, daß ein Anderes einsetzt, was stärker ist: die tätige Liebe von Mensch zu Mensch, von jedem Einzelnen zum Nächsten und Fernsten, die an Kindern, Greisen, an Darbenden und Verzweifelnden so viel tun kann, und zu der Weihnachten uns mahnt. Nie mehr als jetzt ist eine solche unpolitische, rein menschliche Pflichtbetrachtung zugleich der höchste politische Dienst an der Nation und ihrer Einheit. National sein heißt vor allem Liebe zum Volk haben und an seiner Versöhnung arbeiten; es heißt unnützen Streit begraben oder vertagen; es heißt, das gute Alte verehren, an die Zukunft glauben und die Gegenwart tragen und nützen.

Kann, ja muß nicht in solcher Auffassung der nationalen Pflichten sich gerade jetzt das deutsche Volk zusammenfinden, wo schwere und schwerste Entscheidungen bevorstehen, die der Welt wirklichen Frieden bringen oder versagen werden? Damit wird zugleich die Entscheidung darüber fallen, ob die Wirtschaftskraft Deutschlands vor dem Zusammenbruch gerettet, für uns und für die Welt nutzbar gemacht, oder ob sie neuerlich zum Schaden des deutschen Schuldners wie seiner Gläubiger durch einen, politischen Tendenzen dienenden Zwang geknebelt werden soll, der gegen den Vertrag von Versailles verstößt und den hinzunehmen keine vom Volkswillen getragene Regierung bereit sein kann. Was immer in unseren Kräften steht, um der Welt schwerstes Unheil zu ersparen, und den Weltfrieden zu verwirklichen, soll geschehen. Wir sind entschlossen, schwere Opfer an Gut und Geld auf uns zu nehmen, um der Freiheit deutschen Blutes und um der Gleichberechtigung und der friedlichen Arbeit mit anderen Völkern willen. Im besonderen gedenken wir dabei des Landes am Rhein. Nichts, was deutsches Land dort noch mehr als bisher unter fremde Macht brächte, kann Deutschland zugestehen; alles, um es aus diesem Zwang zu lösen, muß es versuchen, bis zu den äußersten Grenzen, die Wirtschaft und Wahrhaftigkeit ihm ziehen. So ist der Dienst am Frieden des deutschen Volkes und der Welt die Gabe, die wir unter dem Christbaum niederlegen. Weihnachten recht feiern, heißt, den Willen zu solchem Frieden in allen Häusern und Hütten und in allen Gotteshäusern stärken und gestärkt ins neue Jahr zu tragen, im männlichen Glauben an das Recht unseres Volkes und an den endlichen Sieg der Gerechtigkeit".

Aus dem Auslande.

Rußland

Die Lage der Sozialrevolutionäre.

Brüssel, 23. Dez. Der Peuple erfährt aus angeblich zuverlässiger Quelle in Moskau, daß die zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre sich in einem jammervollen Zustand befinden. Sie seien in feuchten unterirdischen Zellen untergebracht, in welche kein Licht dringe. Es sei verboten, ihnen Nahrungsmittel zu bringen. Auch das Lesen sei ihnen nicht erlaubt. Wenn die Behandlung nicht sofort geändert werde, sei zu befürchten, daß die Gefangenen alle elend zugrunde gehen würden.

Südslavien.

Die Neuwahlen für das Parlament.

Belgrad, 23. Dez. Gleich nach Eröffnung der Parlamentssitzung wurden zwei königliche Erlasse verlesen, der eine über die Ernennung der neuen Regierung, der zweite über die Auflösung des Parlaments. Die Verlesung beider Erlasse wurde von stürmischen Einspruchsrufen begleitet. Der Auflösungserlaß bestimmt verfassungsmäßig als Tag für die Wahlen den 18. März und als Tag der Einberufung des Parlaments den 18. April.

Amerika

Die neue Abrüstungskonferenz.

London, 23. Dez. Zu dem von Borah im Senat zur Marinekreditvorlage eingebrachten Abänderungsantrag, Präsident Harding möge eine Konferenz der Weltmächte einberufen, um die wirtschaftlichen Zustände zu erwägen, und um eine Verminderung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande herbeizuführen, erfährt Reuter noch aus Washington: Der Antrag stellt dem Präsidenten anheim, die Mächte zu bezeichnen, die zu der Konferenz eingeladen werden sollen. Borah sagte, neben seinen andern wohltätigen Ergebnissen werde der Antrag vielleicht dazu führen, über den toten Punkt bei der Behandlung der Wiederherstellungsfrage hinwegzuhelfen.

Amerikanische Bankdepots in Rußland.

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten.

Newyork, 23. Dez. Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten fällte gestern ein Urteil zugunsten einer Newyorker Bank, die eine Haftung für die Beträge abgelehnt hatte, die in ihrer Petersburger Filiale deponiert waren und später von der Sowjet-Regierung beschlagnahmt wurden. Die Bank hatte erklärt, daß die Sowjets allein für die Verluste verantwortlich seien. Falls das Urteil rechtskräftig wird, werden alle Forderungen gegen Newyorker Banken hinfällig, die aus demselben Grunde eingeklagt waren. Sie betragen zusammen über 100 Millionen Dollar.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Die Erschütterung der deutschen Devisen- wie der Effekten- und Produktenbörsen durch den plötzlichen Dollarsturz hat wieder einer gewissen Beruhigung und Erholung Platz gemacht. Es hat sich herausgestellt, daß der übertriebene Optimismus bezüglich einer großen amerikanischen Reparationsanleihe zur Zeit noch einer tatsächlichen Unterlage entbehrt, und daß bei der plötzlichen Markbesserung an der Newyorker Börse zu einem erheblichen Teil rein spekulative Absichten mitgewirkt haben. Daß durch die Newyorker Machenschaften die deutschen Börsen so stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist bei deren weitgehender Abhängigkeit von dem valutastarken Auslandskapital gewiß nicht zu verwundern. Bei der heutigen Lage der Devisenkurse vergrößern sich die Schwankungen des Markkurses, wenn sie sich auf den Dollarstand in Berlin übertragen, in gewaltigem Maße. Wenn der Markkurs in Newyork von 0,01 einviertel auf 0,02 emporgetrieben wird, so bedeutet das, daß der Dollarkurs in Berlin von 2000 auf 5000 heruntergehen muß. Die, absolut betrachtet, nicht allzu beträchtlichen Steigerungen drüben ergeben bei uns riesenhaft erscheinende Abschwächungen.

Nachdem aber das Pendel der Devisenkurse einmal so heftig in Bewegung gesetzt worden ist, kommt es auch so schnell nicht mehr zur Ruhe. Obwohl der Dollarkurs inzwischen wieder bis auf etwa 6500 bis 7000 in die Höhe gegangen ist, einen Stand, der auch bisher durchaus nicht als ungewöhnlich tief angesehen wurde, sind doch recht heftige Schwankungen zurückgeblieben, die auf unsere Wirtschaft auch weiter recht schädliche Wirkungen ausüben, da sie jede feste Kalkulation und jede geschäftliche Disposition fast zur Unmöglichkeit machen. Die Folge ist, daß auf dem Warenmarkt Unlust und Geschäftsstille eingezogen ist. Die Zurückhaltung der Käufer hat auch eine ziemlich weitgehende Zurückhaltung der Produzenten und des Handels zur Folge gehabt. Man wartet ab, und das schlechte Weihnachtsgeschäft hat die Unlust zur Betätigung auf allen Gebieten nur verstärkt. Es kommt hinzu, daß auf einigen Gebieten die Inlandspreise nunmehr, auch bei dem jetzigen Dollarstande, die Weltmarktpreise überschritten haben. Es handelt sich dabei um überaus wichtige Exportindustrien. So sah sich der Richtpreisausschuß des deutschen Stahlbundes gezwungen, sowohl die Preise für Halbzeug- wie die für Walzfabrikate um etwa 8 Prozent herabzusetzen, obwohl die Roheisenpreise erst am 15. Dezember wieder erhöht worden sind und bisher keine Ermäßigung erfahren haben. Es ist nicht zu bestreiten, daß dadurch manche Industrien, insbesondere Exportindustrien, in eine überaus schwierige Lage geraten. Der Ausfuhrabgaben-Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat denn auch bereits den Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die ungünstigere Lage des Ausfuhrgeschäfts mit dem Abbau des Ausfuhrabgabentarifs in zahlreichen Positionen sofort zu beginnen. Auch der Handel, insbesondere der Klein- und Einzelhandel, ist durch die allerdings bisher recht geringfügigen Preisrückschläge, wie er auch in dem Rückgang der Großhandelsindexziffer sie von 1459 am 5. Dezember auf 1468 am 15. Dezember deutlich zum Ausdruck kommen, vielfach recht unangenehm überrascht worden, weil er sich in Erwartung weiterer Preissteigerung sehr reichlich mit Ware eingedeckt und dabei vielfach Kredite in erheblichem Ausmaß in Anspruch nehmen mußte. Bei der Kapitalschwäche der gegenwärtigen Wareninhaber ist es ohne weiteres klar, daß bei längerer Dauer des gegenwärtigen Stillstands der Devisenbewegung und der allgemeinen Kaufunlust oder Kaufschwäche des Publikums sehr bald ein schärferer Preisdruck sich geltend machen müßte.

Die Weihnachtsstille ist auch an den Effektenbörsen diesmal stärker als sonst zu spüren. Zwar ist nach den scharfen Kursrückgängen der Industrieeffekten und Valutawerte naturgemäß wieder eine Erholung eingetreten. Aber diese war doch mit Rücksicht auf die bevorstehende Weihnachtspause recht schwach. Auch veranlaßte wohl die Lage auf dem Warenmarkte manche Kapitalbesitzer, ihr Geld möglichst flüssig zu erhalten und es nicht den Schwankungen der Effektenbörse auszusetzen. Dazu kommt, daß man sich zwar in der Beurteilung der außenpolitischen Lage keinem übertriebenen Optimismus hingibt, aber dennoch die größere Bereitwilligkeit Amerikas, an dem Reparationsproblem aktiv mitzuarbeiten, zu Gunsten Deutschlands und einer ihm günstigen Lösung der Differenzen in Rechnung stellt. Man hat die ungeheuren Schwierigkeiten erkannt, denen die Industrie auch im Falle eines Gelingens der Stabilisierungs- und Anleihepläne gegenüberstehen würde und berücksichtigt das bei der Bewertung der Kurse noch stärker als dies bisher schon geschehen ist. Infolgedessen dürfte sich auch nach den Feiertagen wieder eine starke Abhängigkeit des Effektenmarkts von der Devisenlage bemerkbar machen.

Letzte Drahtmeldungen.

Das Kabinett wieder in Berlin.

Berlin, 26. Dez. Der Reichskanzler trifft heute abend aus Hamburg, wo er die Weihnachtstage verbracht hat, in Berlin ein. Auch Staatssekretär Hamm kommt heute aus Bayern zurück, sodaß das Kabinett wieder vollständig beisammen ist. Die Besprechungen über unsere neuen Reparationsvorschläge, die während der Feiertage nur in kleinstem Umfange fortgeführt worden sind, werden jetzt mit großem Nachdruck weiter geführt, und man darf annehmen, daß die endgültige Formulierung schon in den nächsten Tagen fertig gestellt sein wird.

Minister Luther über die Ernährungslage.

Essen, 26. Dez. Der Reichsernährungsminister Dr. Luther empfing Sonntag die Vertreter der Essener Zechen und bestätigte seine Erklärung, daß bei der Anspannung aller Kräfte und selbstverständlich einschließlich der verarbeitenden und zum erheblichen Teil bereits bewirkten Auslandseinfuhr die Brotversorgung für den Winter gesichert sei. Streckung durch Kartoffel komme, wenn überhaupt, nur in geringem Umfange in Frage. Als dringendste Angelegenheit dieses Winters bezeichnete er die Milchversorgung und wies unter Bezugnahm auf das Essener System der Vereinbarungen zwischen Verbrauchern und Erzeugern auf die Notwendigkeit von Erleichterungen zugunsten unseres Nachwuchses, besonders in den kinderreichen Familien hin. Er teilte mit, daß kürzlich eine Verordnung ergangen sei, wonach die Landesregierungen den Ankauf von Butter und Käse an eine besondere Genehmigung knüpfen können. Der Minister bat die Presse, alles zu tun, damit die Bevölkerung die wirtschaftlichen Zusammenhänge richtig erkenne und betonte, daß die Frage unserer Ernährung, besonders auch in der Zukunft, so ernst sei, daß sie aus jeder Parteipolitik ausgelöst und rein sachlich behandelt werden müsse. Werde aber einmütig zusammengearbeitet und die Produktionssteigerung im Auge behalten, so könne man durchaus mit Hoffnung in die Zukunft blicken.

Ein Konzil 1925.

Rom, 26. Dez. Zu Weihnachten erschien eine Encyklika, in der der Papst ein ökumenisches vatikanisches Konzil für 1925 ankündigt.

Das spanische Handelsabkommen mit Deutschland.

Madrid, 26. Dez. Im Ministerrat gab der Außenminister bekannt, daß er mit der deutschen Regierung ein Handelsabkommen schloß, nach dem Deutschland vom 20. Dezember ab den spanischen Erzeugnissen die Meistbegünstigung gewähre. Spanien werde seinerseits die deutschen Erzeugnisse nach dem Tarif der zweiten Kolonne behandeln und die Koeffizienten für Länder mit entwerteter Währung aufrechterhalten.

Eine Spaltung unter den amerikanischen Unversöhnlichen.

Washington, 26. Dez. Der im Senat von dem Führer der Unversöhnlichen, Senator Borah, eingebrachte Zusatzantrag zur Marinekreditvorlage, der den Präsidenten ersucht, eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen, um die Wirtschaftsfragen zu prüfen und die Herabsetzung der Land- und Seerüstungen zu sichern, rief eine Spaltung der Unversöhnlichen im Senat hervor. Sie wird wahrscheinlich zu einer Generaldebatte über die Teilnahme Amerikas an den europäischen Angelegenheiten führen. Borah veröffentlichte eine Erklärung, in der er sagte, Europa müsse geholfen werden. Wenn das Problem nicht gelöst werde, werde das einen ungeheuren Verlust für die amerikanischen Produzenten und den amerikanischen Handel bedeuten.

Bevorstehende Debatte im amerikanischen Senat.

Paris, 26. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Der Antrag des Senators Borath, der den Präsidenten Harding aufforderte, eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen, hatte eine Teilung in der Partei der Nichtinterventionisten zur Folge, und überdies wird die ganze Frage der Beteiligung der Vereinigten Staaten an den europäischen Fragen wieder im Senat zur Sprache gebracht werden. Senator Johnson aus Kalifornien klagt seinen Kollegen Borath schon eines Treubruches gegen die alten Grundsätze an. Senator Lodge wird seinerseits auch den Antrag bekämpfen. — Weiterhin wird aus Newyork gemeldet: Präsident Harding billigt den Plan der Einberufung einer Wirtschaftskonferenz nicht, da dies seiner Ansicht nach nur geeignet wäre, das Chaos, in dem sich Europa jetzt befindet, noch zu verschlimmern. Gut informierte Kreise in Washington erklären, der Präsident befürchte, eine derartige Konferenz würde ernste politische Verwicklungen zur Folge haben. Von anderer Seite wird dazu gemeldet, daß Präsident Harding jedenfalls nicht die Initiative ergreifen, sondern auf europäische Vorschläge warten möchte.

Eine neue Ententekommission für Rüstungswesen.

München, 26. Dez. Die bisherige Zweigstelle in München der Unterkommission für Rüstungswesen in Stuttgart wurde zu einer selbständigen Unterkommission für Rüstungswesen in München erhoben. Sie setzt sich zusammen aus 4 Franzosen, einem Belgier, 3 Engländern und zwei Italienern. Das bedeutet eine Verdoppelung der Kommission auf Kosten Deutschlands.

Aus Castrop und Umgegend

Die kommenden Eisenbahnfahrpreise. Wie bereits bekannt, werden am 1. Januar die Personentarife abermals erhöht, und zwar in der 3. und 4. Klasse um 110 v. H., in der 2. Klasse um 125 v. H., in der 1. Klasse um etwa 200 v. H. Die Einheitssätze für den Kilometer betragen dann in der 1. Klasse 24 Mark, in der 2. Klasse 12 Mark, in der 3. Klasse 6 Mark und in der 4. Klasse 4 Mark. Die Schnellzugzuschläge betragen in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 1. Klasse 400 Mark, 2. Klasse 200 Mark, 3. Klasse 100 Mark; 2. Zone (75 bis 150 Kilometer) 1. Klasse 800 Mark, 2. Klasse 400 Mark, 3. Klasse 200 Mark; 3. Zone (über 150 Kilometer) 1. Klasse 1200 Mark, 2. Klasse 600 Mk., 3. Klasse 300 Mk. Auf den Fahrkarten werden nur noch die Kilometerzahlen aufgedruckt, um bei der fortschreitenden Geldentwertung Tariferhöhungen in kürzerer Zeit durchführen zu können. Der Reisende muß sich dann, wie die Reichsbahndirektion mitteilt, der kleinen Mühe unterziehen und den Kilometerpreis mit der Kilometerzahl multiplizieren, um sich von der Richtigkeit des gezahlten Fahrpreises zu überzeugen. Um die Nachprüfung zu erleichtern, werden auf den Bahnhöfen Aushänge erscheinen.

Weitere Erhöhung der Postgebühren. Wie wir zuverlässig erfahren, wird bereits von Mitte Januar ab eine neue Heraufsetzung der Postgebühren eintreten. Sie soll sich auf das Doppelte der jetzt gültigen Sätze belaufen. Ein Brief im Inlande wird 50 Mark, eine Postkarte 25 Mark kosten.

△ **Zur Nachahmung empfohlen!** Aus Anlaß des Weihnachtsfestes stiftete ein hiesiger Bürger 2000 Mark für die Ortsarmen und ebensoviel für die Städtische Kinderhilfe.

□ **Für die Weihnachts-Bescherung armer Kinder** wurden vom Klub „Fidele Brüder" noch 1200 Mark gestiftet.

△ **Die Katze läßt das Mausen nicht.** Die Frau von der Ringstraße, von der wir vor einigen Tagen bereits mehrere Laden- und Marktdiebstähle berichteten, hat schon wieder in mehreren Geschäften sich Sachen, ohne an Bezahlung zu denken, angeeignet. Ferner wurde von der Polizei ermittelt, daß die Frau auch die Türmattendiebstähle in den verschiedenen Häusern ausgeführt hat.

*

⊙ **Rauxel.** (Spende für die Kinderhilfe). Für die Kinderhilfe des Amtes Rauxel stiftete Bäckermeister Makosch 500 Mark. Mehrere junge Leute, die bei Klösters eine gemeinsame Weihnachtsfeier veranstalteten, überwiesen einen Betrag von 1000 Mark für den gleichen Zweck.

Aus dem Emschertal.

♂ **Habinghorst.** (Festgenommen) wurde ein Mann, der im Schuhwarengeschäft von Weiland auf der Kronprinzenstraße ein Paar Schuhe mitgehen ließ und das Bezahlen „vergaß".

* **Bladenhorst.** (Nachrichtendienst des Schiffahrts- und Speditionskontors Julius Herrmann, Schleuse 7.) Schon im letzten Bericht war die Rede von einer eingetretenen Schiffsflaue, die, wie vorauszusehen war, auch in der Berichtswoche anhielt. Die Zahl der unverfügten Kähne beläuft sich jetzt auf etwa 35 bis 40. Am 15. d. M. wurde die an Schleuse 5 gesunkene Pünte „Eva 3" wieder gehoben. Es wurden abbefördert: am 11. Dez. 20 Kähne ostwärts, 28 Kähne westwärts, am 12. Dez. 25 Kähne ostwärts, 35 Kähne westwärts, am 13. Dez. 25 Kähne ostwärts, 27 Kähne westwärts, am 14. Dez. 17 Kähne ostwärts, 17 Kähne westwärts, am 15. Dez. 31 Kähne ostwärts, 21 Kähne westwärts, am 16. Dez. 20 Kähne ostwärts, 25 Kähne westwärts. In Anbetracht der geringen Verladetätigkeit, welche naturgemäß nur einen schleppenden Schiffsverkehr mit sich bringt, waren im Betriebe des Schleppamtes Stockungen nicht zu verzeichnen. Die Schleusen des Rhein-Herne- sowie des Dortmund-Ems-Kanals konnten ihren Anforderungen gerecht werden.

Die Kriegermal-Errichtung in Castrop.

Aus der Versammlung der Kriegsopfer.

In der letzten Versammlung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wurde zunächst seitens des Vorsitzenden mitgeteilt, daß eine allgemeine Weihnachtsbescherung, wie sie in den Vorjahren üblich war, diesmal nicht veranstaltet werden könne. Seine Ausführungen, die bei allen Anwesenden Verständnis und Billigung fanden, wurden unterstrichen durch Herrn Altenhein, der insbesondere auf die starke finanzielle Inanspruchnahme der Industrie und Bürgerschaft der Stadt durch die Hilfsaktion hinwies, von der ja auch den Bedürftigen der Kriegsopfer ein gewisser Anteil zugute komme. Von der Ortsgruppe soll in diesem Jahre am 30. Dezember ein Bescherung der Vollwaisen stattfinden, für die 11 300 Mark durch Wohltätigkeitsveranstaltungen aufgebracht wurden. Man ging dann zur Besprechung der Errichtung eines Ehrenmales über. Der Vorsitzende begrüßte es freudig, daß die öffentliche Aussprache über die Angelegenheit, die durch die Castroper Zeitung angeregt wurde, jetzt endlich einen frischen Zug in die Behandlung der Sache gebracht habe. Redner hielt die Errichtung eines Ehrenmales auf dem Schellenberge für nicht besonders sympathisch. Er befürchtete, daß man bei der Angelegenheit bald mit ähnlicher Verwahrlosung rechnen müsse, wie sie jetzt am Germaniadenkmal leider an der Tagesordnung sei. In der sich anschließenden Aussprache, an der sich eine ganze Reihe von Mitgliedern der beiden Gruppen beteiligten, ergriff Stadtv. Altenhein das Wort. Er bedauerte unter Zustimmung der Versammlung, daß man erst jetzt ernsthaft an die Schaffung eines Ehrenmales gehe. Andere Städte von weit geringerer Bedeutung als Castrop seien in dieser Sache schon viel weiter gekommen. Die Errichtung eines Wahrzeichens für die Gefallenen sei eine unabweisbare Ehrenpflicht, der man so rasch und so gut als möglich nachkommen müsse. Bezüglich des Schellenbergplanes bemerkte der Redner: „Nach meiner Ansicht wäre es gewiß sehr schön, wenn das Denkmal als ein weithin sichtbares Wahrzeichen einen Platz an einer auffallenden Stelle bekommen könnte. Aber ist denn wirklich der Schellenberg ein so hervorragender Platz, daß er ausgerechnet für ein Denkmal der Castroper Gefallenen die Stätte abgeben soll? Zunächst liegt der Schellenberg fast außerhalb der Peripherie der Stadt Castrop. Ich befürchte, daß nur wenige Castroper regelmäßig den Schellenberg besuchen. Die Not und die Hast des Alltags lassen heute dem Einzelnen nicht viel Zeit und Muße, seinen Gedanken nachhängend ins Freie zu gehen. Der Zweck der Denkmals-Errichtung ist nach meiner Ansicht verfehlt, wenn das Denkmal der Mitwelt und der Nachwelt nicht immer vor Augen steht. Man könnte gegen meine Auffassung, daß der Schellenberg nicht der geeignete Platz für das Kriegerehrenmal sei, anführen, daß man beabsichtige und wünsche, den Schellenberg zu einem Ausflugsplatz für die Castroper Einwohnerschaft auszugestalten. Dazu möchte ich vor allem eins bemerken, daß ja wohl die Absicht bestehen kann, den Schellenberg zu einem Ausflugsplatz auszubauen, aber es ist die große Frage, wird die Absicht überhaupt ausgeführt. Die Ausführung wird letzten Endes scheitern müssen an der finanziellen Frage. Solange die Stadt Castrop nicht in der Lage ist, den letzten Kriegsopfern, der letzten Kriegerwitwe und den letzten Kriegerwaisen finanziell eine Daseinsmöglichkeit zu geben, solange dürfte nach meiner Ansicht auch kein Geld für Schaffung von Ausflugsplätzen da sein. Ich glaube auch kaum, daß es im Sinne der Gefallenen liegen würde, schöne Gartenanlagen künstlich zu schaffen, um ein Denkmal setzen zu können, solange die Kriegsopfer an den Lasten der heutigen wirtschaftlichen Lage zu leiden haben". Redner dem [illegible] das Denkmal auf [illegible] und sagte: „Ich [illegible] Meinung derer, die anderer Auffassung sind als ich, die sich vielleicht für den Schellenberg aussprechen; aber ich möchte meinerseits doch empfehlen, das Denkmal auf dem alten Friedhof zu errichten. Wohl jeder Castroper Bürger kommt in der Woche mehrere Male, aber zu mindestens einmal an dem alten Friedhof vorbei. Unbedingt wird er, wenn er einen Blick auf den Friedhof mit seinen schönen, alten schattigen Bäumen wirft, auch das Kriegerehrenmal sehen. Gibt es überhaupt eine ehrwürdigere Stätte als den alten Friedhof? Wir in Castrop sind leider nicht in der Lage, heimische Schönheiten aufzuweisen. In Castrop selbst haben wir keine Grünfläche. Es wäre, wenn man sich auf den alten Friedhof einigen könnte, selbstverständlich Pflicht der Stadtverwaltung, durch einfache gärtnerische Anlagen, die mit wenig Unkosten verknüpft sein dürften, dafür zu sorgen, daß dem Denkmal ein stimmungsgemäßer Rahmen gegeben würde. Der alte Friedhof ist nach meiner Ansicht für die Denkmalsaufstellung geschaffen, wie kein zweiter Platz in Castrop. Ich komme nun zum Schluß zur Beantwortung der Frage: Wie soll das Denkmal aussehen? Die Denkmäler sind Zeichen ihrer Zeit. Wir müssen, wenn wir unseren Gefallenen ein Denkmal errichten, ein Standbild nehmen, mit dem wir auch bei kommenden Geschlechtern Ehre einlegen. Es muß ein Wahrzeichen vom Geist und Ernst der hetigen Zeit sein. Das Denkmal muß schlicht und einfach gehalten sein, frei von jeder Lobhudelei und unnützer Zierart. Geschmacklosigkeiten müssen vermieden werden. Ich denke mir das Denkmal nicht in der Ausführung wie das Kriegerdenkmal für die Gefallenen von 1870-71 am evgl. Krankenhause. Diese überall wiederkehrenden Formen und zusammengesuchten Sculpturen sind zu trivial für die Gefallenen des Weltkrieges. Ich stelle mir das Denkmal vor, meinetwegen als einen Obelisken oder auch als einen mächtigen Findling mit einer einfachen Eisenplatte mit Inschrift und einem Spruch, entsprechend der Taten der Gefallenen der ernsten Zeit, als Mahnung an die Nachwelt. Zum Schluß möchte ich zusamenfassend noch einmal wiederholen, der Reden sind genug gewechselt, laßt uns nun die Taten sehen. Es wurde sodann ein Ehrenmalkommission gewählt, die aus 5 Personen besteht. Herr Altenhein wurde einstimmig zum Mitglied des Kreisbeirates für Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge gewählt. Nach Erledigung einiger wirtschaftlicher Fragen und Beantwortung von Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Ein Jubiläum auf „Lothringen".

Anfang und Bedeutung des Henschel-Lothringen-Konzerns.

Bövinghausen, den 23. Dez. 1922.

In diesem Jahre, in welchem die frühere Gewerkschaft und jetzige Bergbau-A.-G. Lothringen ein halbes Jahrhundert besteht, vollendete auch am 20. Dezember Otto Gehres sein 50. Lebensjahr, der als langjähriger Leiter des Steinkohlenbergwerks Lothringen diese frühere reine Kohlenzeche in den letzten Jahren zum Mittelpunkt eines der größten rheinisch-westfälischen Montankonzerne gemacht hat. Heute zählen zum Lothringenkonzern rund 30 Schachtanlagen des Ruhrbezirks, die Fett- und Magerkohlen, sowie auf Zeche König Ludwig auch Gasflammkohlen liefern. Durch die Begründung der Chemischen Werke Lothringen im Jahre 1906 übernahm Gehres die Verwirklichung eines Gedankens von Geheimrat Ostwald, aus Kohle künstlichen Salpeter zu gewinnen. Inzwischen ist der Lothringenkonzern durch seine Chemischen Werke, die im Kriege für die Munitionsherstellung eine wichtige Rolle spielten, nach dem Bochumer Anzeiger, zeitweise unter Beteiligung des Reiches betrieben und nach dem Kriege bedeutend erweitert worden, in eine enge Verbindung mit der chemischen Großindustrie gekommen in Form einer Interessengemeinschaft mit den Badischen Anilin- und Sodafabriken in Ludwigshafen. Die im Jahre 1916 von Gehres durch die Gründung der Sekuritaswerke A.-G. und dem von diesen begonnenen Bau einer Maschinenfabrik bei Bochum, der heutigen Maschinenbau-A.-G. Elsaß, angebahnte Ausdehnung der Lothringengruppe auf die Eisenindustrie, ist später erweitert worden durch die Interessengemeinschaft mit der Henrichshütte der Firma Henschel in Kassel. Nachdem dann im vorigen Jahre die Firma Henschel auch ihre Kasseler Betriebe, in erster Linie die großen Lokomotivfabriken, sowie ihre Beteiligung bei der Hannoverschen Maschinenfabrik A.-G. in die Interessengemeinschaft eingebracht haben, bilden diese den Grundstock der eisenindustriellen Interessen des Konzerns, dem in der Henschel-Lothringen-Steinkohlenvereinigung G. m. b. H. mit dem Sitze in Hannover eine Spitzenorganisation gegeben wurde, dessen oberste Leitung in den Händen eines gemeinsamen Verwaltungsrates liegt, in welchem der eigentliche Schöpfer des Lothringenkonzerns, Otto Gehres, eine leitende Rolle spielt.

Vor dem Zustandekommen der Transaktion mit Henschel hatte Gehres seinen Konzern bereits erweitert durch den Ankauf der Aktienmehrheit des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins, der neben Zinkhütten und Zinkerzgewinnung auch Eisensteingruben betreibt, und den Erwerb der Harzer Werke zu Blankenburg, Rübeland und Zorge, die mit den Schwarzwälder Erzbergwerken in engere Verbindung mit dem Märkisch-Westfälischen Bergwerksverein gebracht wurden. Daneben laufen noch andere Erwerbungen, wie die einer Fabrik feuerfester Steine und eines großen westfälischen Kalkwerkes. Die von ihm schon bei der Gründung der Sekuritaswerke angebahnte Verbindung mit dem Schiffsbau und der Schiffahrt hat Gehres in der Folge in großem Umfange erweitert. Die Schiffswerft der früheren Sekuritas wurde vor einiger Zeit als Ottowerk A.-G. in eine besondere Gesellschaft umgewandelt, ebenso wie die Sprengstoff-Fabrik in Büchen, die als Westlignose A.-G. in enger Verbindung steht mit der schlesischen Lignose A.-G. Außer dem maßgebenden Einfluß auf die Schiffswerft A.-G. Henry Koch in Lübeck erwarb Gehres auch die Uebernahme eines großen Teiles des Aktienkapitals der Kosmos-Linie nicht nur die Kontrolle über dieses Seeschiffahrtsunternehmen, sondern auch über die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-A.-G., die mit der Kosmos-Linie durch eine Interessengemeinschaft verbunden wurde. Auch die Hochseefischerei Wieting in Bremerhaven steht unter dem maßgebenden Einfluß Gehres bezw. der Lothringengruppe, die aber auch, wie übrigens die meisten anderen großen Zechengruppen des Ruhrbezirks, an der Rheinschiffahrt und am Kohlenhandel durch maßgebende Beteiligung an der Linden-Rhederei G. m. b. H. in Duisburg interessiert ist.

Otto Gehres, der Schöpfer dieses mächtigen Konzerns ist vor einiger Zeit von seinem Amt als Generaldirektor der Bergbau-A.-G. Lothringen zurückgetreten. Gehres entstammt einer bei Hörde ansässig gewesenen Bergarbeiterfamilie. Er besuchte als junger Bergmann die Bochumer Bergschule und wurde, nachdem er eben Steiger geworden war, im Jahre 1900, erst 28 Jahre alt, Betriebsführer und bald darauf Direktor der damaligen Zeche Lothringen. Ein Selfmademann in des Wortes bester Bedeutung, erfreut sich Otto Gehres bester Wertschätzung. Viel hat er getan für die Gemeinde Gerthe, die ihm sein Aufblühen verdankt. Vor einem Jahre ernannte ihn der Gemeinderat unter Zustimmung aller Vertreter zum Ehrenbürger.

Aus aller Welt.

Milchnotopfer.

Auf Anregung des Landrats des Kreises Gardelegen beschlossen die Molkereien des Kreises die Schafung eines Milchnotopfers. Jede Molkerei zahlt für jeden Liter Milch, der von ihr verarbeitet wird, 1 Mark in den Milchnotfonds, der vom Landrat verwaltet wird. Auf diese Weise kommen monatlich etwa 1 400 000 Mk. als Milchnotopfer zusammen. Diese Summe soll den Säuglingen und den Kranken zugute kommen.

Ein neuzeitliches Verpachtungsangebot.

Der Magistrat der Stadt Hannover schreibt die Verpachtung des Zoologischen Gartens der Stadt mit Wirtschaftsgebäuden, aber ohne Tierbestand aus. Die Angebote sind in Prozentsätzen von der Bruttoeinnahme oder in Roggenzentnern zu machen. Angebote in festen Geldbeträgen werden, wie der Magistrat ausdrücklich betont, nicht berücksichtigt.

Goldfunde in Waldeck.

Aus Arolsen wird uns geschrieben: Vor einiger Zeit erregten Meldungen aus Bergbaukreisen

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

(Copyright 1913 by Greiner u. Comp., Berlin W. 30.)

12 (Nachdruck verboten.)

„Ah — die hast du? Und die Polizei gab sich alle Mühe, diesen Menschen ausfindig zu machen, ohne daß es ihr gelang! Alle Träger wurden bereits verhört —"

„Wer ist es denn?"

„Der Hausdiener des Albergo Vittorio in der Via della Vittoria. Du siehst, Sanzio ging von anderen Voraussetzungen aus als die Behörde. Er hielt sich nicht damit auf, die konzessionierten Träger auszufragen, sondern forschte in den Hotels und Logierhäusern nach. Wenn es dir recht ist, wollen wir nun dem Hausdiener Francesco Dorlini einen Besuch abstatten."

Im Albergo, einem Gasthof dritten Ranges, wo meist ärmere Leute abzusteigen pflegten, gab es jetzt am Vormittag nicht viel zu tun, und die beiden Männer konnten den Hausknecht also leicht sprechen.

Dorlini, ein mehr gutmütig als geweckt aussehender junger Mensch, war in dem düsteren Hof des Gasthofes eben damit beschäftigt, Aale abzuhäuten.

Hempel, der — ebenso wie Lindemann — das Italienische vollkommen beherrschte, bot ihm eine Zigarette an und fragte dann gemütlich:

„Sie also sind Francesco Dorlini, der am 1. Dezember abends Reisegepäck vom „Robber" abholte?"

„Ja, Herr," antwortete der Bursche und hob mißtrauisch den Kopf. „Was ist's damit? Schon einmal fragte mich heute einer danach. Ist etwas nicht in Ordnung damit?"

„Hm — das wird sich aus Ihren Auskünften ergeben."

„Ich tat doch alles genau so, wie der junge Herr Baviani mir auftrug! Hat er Ihnen geschrieben? Fand es nicht alles in Ordnung?"

„Darum handelt es sich nicht. Also, ein Herr Baviani hat Sie nach dem Gepäck geschickt?"

„Es waren zwei, Signor. Vater und Sohn. Der Alte ist ein blinder Maler, der in seiner Jugend lange in Neapel lebte. Jetzt hat ihn die Sehnsucht wieder hergetrieben. Sein Sohn begleitet ihn, weil er doch als Blinder nicht allein reisen kann."

„Komisch! Er ist blind und will die Stätte seiner Jugend wiedersehen!"

„Nur die Luft, das Meer will er atmen, Herr! Er sagt, er kenne jeden Stein hier, und wenn er nur am Strande sitze, dann wäre es ihm genau so, als sähe er das Meer vor sich und den Vesuv und Capri und ganz Napoli! Sein Sohn mußte ihn stets an ein bestimmtes Plätzchen am Strande führen, dort saß er dann stundenlang, sogar des Nachts manchmal."

„So. Und die beiden wohnten hier in Albergo? Seit wann?"

„Vor vierzehn Tagen kamen sie an. Der Alte erzählte, daß er in seiner Jugend fünf Jahre lang hier in demselben Hause gewohnt habe. Sogar dasselbe Zimmer hatte er, Nr. 5, im ersten Stock."

„Nun, das Haus wird seitdem wohl längst umgebaut worden sein?"

„Keineswegs. Unser Herr übernahm es von seinem Vater. Seit sicher fünfzig Jahren ist hier kein Stein verändert worden."

„Erinnern Sie sich noch des Tages, an dem diese Bavianis ankamen?"

„Sehr gut! Es war am Abend des 29. November, an einem Donnerstag."

„Und wann reisten sie ab?"

„Am Abend des 1. Dezember — als ihr Gepäck endlich kam. Dieses blieb nämlich irgendwo liegen, glaube ich, und es gab endlose Schreibereien deshalb. Der junge Herr mußte zuletzt selbst fort, um es zu holen. Er war sehr ärgerlich deshalb, denn sie wollten eigentlich so bald als möglich weiter nach Palermo."

„So. Hm, das ist ganz interessant. Wohin reiste denn der junge Baviani nach seinem Gepäck?"

„Das weiß ich nicht."

„Blieb er lange fort?"

„Drei Tage!"

„Wie behalf sich denn der Alte inzwischen?"

Oh, er blieb meist auf seinem Zimmer. Nur vormittags ließ er sich eine Stunde lang durch einen Jungen an den Strand führen und dann am letzten Abend wieder. Da geleitete ich ihn hin. Er wollte Abschied nehmen von seinem Lieblingsplätzchen, sagte er."

„Um welche Stunde war das?"

„Gegen halb zwölf."

„Wie, — so spät in der Nacht? Fiel Ihnen das denn nicht auf? Man geht doch nicht mitten in der Nacht am Strand spazieren, wenn man seine fünf Sinne beisammen hat!"

„Er ging ja auch nicht spazieren, sondern ich mußte ihn nur auf sein Plätzchen führen, wo er sich ruhig niedersetzte. Uebrigens hatten wir Mondenschein, und es war eine sehr schöne Nacht. Viele Leute gehen da spazieren — die Promenade auf der anderen Seite des Hafens war ganz voll, wie ich mich erinnere. Aber Herr Baviani liebte das Gedränge nicht. Er wollte das Meer rauschen hören und nicht in seinen Gedanken gestört werden."

„So liegt sein Lieblingsplatz wohl sehr abgelegen?"

„Ja. Ganz drüben hinter den Lagerhäusern. Dort gibt es eine einsame Bank an der kleinen Treppe, die zum Fischerstrand hinabführt."

„Fürchtet er sich denn nicht so allein dort?"

„Oh, Herr — ein alter Mann und noch dazu ein blinder — wer sollte ihm etwas tun?"

„Man konnte doch nicht wissen, daß er blind sei!"

„Doch! Er trug ja stets einen breiten, grünen Schirm über den Augen, da er trotz seiner Blindheit den grellen Schein des Lichtes peinlich empfand."

„Aber es war ja damals Nacht!"

„Nun, er war den Lichtschirm wohl gewöhnt, denn er legte ihn niemals ab, auch nicht im Zimmer."

„Wann mußten Sie ihn denn wieder abholen?"

„Gar nicht! Er hatte nämlich an jenem Tage ein Telegramm seines Sohnes erhalten, daß dieser endlich das Gepäck ausfindig gemacht habe und um halb zwölf hier mit dem „Robber" ankäme. Es sollte jemand an den Hafen kommen, es in Empfang zu nehmen, und wenn es dem Vater recht wäre, könnte es gleich auf den Küstendampfer „Violetta" geschafft werden, der eine Stunde später nach Palermo abdampfte. Dem Alten war dies recht, denn er sehnte sich schon nach Sizilien, wo er Freunde besaß, wie er sagte. Es wurde also ausgemacht, daß ich ihn zuerst auf seine Strandbank führe und dann den jungen Herrn erwarte, um das Gepäck gleich nach der „Violetta" zu bringen. So geschah es auch. Den Handkoffer des alten Herrn hatte ich bereits am Nachmittag nach der „Violetta" geschafft, und auch gleich die Karten gelöst."

„Und der junge Baviani kam wirklich mit dem Robber?"

„Ja. Er übergab mir einen Koffer und eine Reisetasche, bezahlte mich gleich und sagte, ich brauche nachher auf der „Violetta" nicht mehr auf ihn und den alten Herrn zu warten. Ich möge das Gepäck einstweilen nur dem Steward übergeben, und es auf seinen Namen in der Kajüte unterbringen lassen."

„Er selbst ging also nicht mit?"

„Nein. Er erkundigte sich nur, wo sein Vater sei, und meinte dann, er müsse zuerst einer jungen Dame, die er auf dem Schiff kennen gelernt habe, zu einem Wagen verhelfen, dann wolle er den Alten holen und mit ihm gleich auf die „Violetta" gehen."

„Sahen Sie diese junge Dame?"

„Natürlich. Sie stand einige Schritte entfernt und wartete, bis Herr Baviani mit mir fertig sei."

(Fortsetzung folgt.)

großes Aufsehen, wonach die in früheren Jahrhunderten geübte und bei den damaligen Lohnverhältnissen ertragreiche Goldwäscherei im Ederfluß wieder aufgenommen werden sollte. Nunmehr scheint Waldeck, einer der kleinsten deutschen Freistaaten, Goldland zu werden, denn im altberühmten, sagenumwobenen Eisenberg bei Corbach, einem betriebsamen Industriestädtchen, ist Gold gefunden worden. Professor Dr. Beyschlag, der Präsident der Geologischen Landesanstalt in Berlin, leitete persönlich mehrere Schürfungen. Dabei wurden an verschiedenen Stellen des Berges goldhaltige Lettenschichten gefunden. Die in Berlin vorgenommene Untersuchung zeitigte günstige Ergebnisse. So wurden in einer Tonne jener roten Lettenerde 44 Gramm Gold gefunden. Dabei ist zu bemerken, daß heute Goldbergwerke in Betrieb sind, in denen goldhaltige Schichten abgebaut werden, die nur 10 Gramm Gold pro Tonne geben. Es sind auch Schichten mit sichtbarem gediegenen Gold aufgefunden worden. Die Vorarbeiten für den planmäßigen Abbau stehen vor dem Abschluß

Das Drohgespenst des Hungers.

Eine Kundgebung der deutschen Aerzteschaft.

Die drohende Gefahr, daß unter der wirtschaftlichen Katastrophe der letzten Monate der bisher nur mühsam erhaltene Gesundheitszustand des deutschen Volkes zusammenbricht, veranlaßte die gesamte deusche Aertzteschaft, die Vertreter der medizinischen Fakultäten und ärztlichen Fachvereinigungen in einer ausdrucksvollen Kundgebung, die in Berlin in der neuen Aula stattfand, ihre warnende Stimme zu erheben.

Geh. Obermedizinalrat, Professor Dr. Rubner ging als Vorsitzender in seiner Begrüßungsansprache auf die verheerenden Folgen des Friedensvertrages für Deuschland ein. Wirt wollen nicht warten, so erklärte der Redner, bis uns das „exakte" statistische Material durch den Tod von Tausenden gewonnen wird, sonndern von Anfang an den Gefahren ins Auge sehen.

Geh. Medizinalrat Professor His von der Universität Berlin entwarf ein erschreckendes Bild unserer heutigen Ernährungslage. Geh. Sanitätsrat Dr. Dippe-Leipzig, Vorsitzender des deutschen Aerztevereinsbundes, sprach über „Die deutschen Aerzte am Krankenbett des deutschen Volkes". Als letzter Referent sprach der ärztliche Beigeordnete der Stadt Köln, Prof. Krautwich, über „Deutsche Kinder in Not. Des deutschen Volkes Schicksalsfrage". — Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden fand die Kundgebung mit Annahme folgender Entschließung ihren Abschluß: „Die deutschen Aerzte, die Hüter und Pfleger der Gesundheit der Gesamtheit wie des einzelnen, halten es für ihre Pflicht, aus ihren Beobachtungen und Erfahrungen heraus auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, die dem deutschen Volke infolge der stets zunehmenden Verelendung drohen. Die Folgen zeigen sich jetzt schon und werden sich bald in erhöhtem Maße besonders bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend geltend machen. Die Tuberkulose greift weiter um sich, Rachitis und Blutarmut breiten sich aus, Skorbut und Hungerödem sind keine Seltenheiten mehr. Die Seuchengefahr kann nicht schwer genug eingeschätzt werden. Erliegt Deutschland dieser Gefahr, so ist die ganze Kulturwelt bedroht. Wir rufen unsere Kollegen im Auslande, wir rufen die gesamte Kulturwelt auf, die Dinge mit klaren Augen zu betrachten und sich nicht blenden zu lassen durch die Lebensführung einer dünnen Schicht von Genüßlingen. Das Elend ist schon jetzt weit verbreitet. Kleine Mittel können wesentliche Aenderungen nicht mehr herbeiführen, die gesamte verzweifelte Wirtschaftslage bedarf gründlicher Umgestaltung. Wir fordern die Welt auf, uns diese Umgestaltung zu ermöglichen".

Rechnungsformulare liefert schnell u. billig Castroper Zeitung

Am 1. Weihnachtstag auf der Bochumerstraße von Falkenhahn bis zur Viktoriaschule

silberne Handtasche

verloren. Gegen hohe Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Statt Karten. 6491

Heinrich Bauer
Mally Bauer
geb. Henkel

Vermählte

Castrop, den 27. Dezember 1922.

ROLAND LICHT-SPIELE

Heute u. Donnerstag

Der in allen Großstädten mit großem Erfolg vorgeführte Film:

Der Lumpensammler von Paris

6 Akte 6 Akte.

Historischer Kriminalroman aus dem Pariser Volksleben.

Ferner ein Film der Schönheit:

Zigeuner

Gewaltige Kämpfe an der herrlichen blauen Adria. Wundervolle Originalaufnahmen in Venedig, sowie die spannende Handlung von Akt zu Akt, stempeln diesen Film zu einem Kunstwerk allerersren Ranges.

Ferner die tolle Groteske:

2 Akte 2 Akte

LYSSI

2 Akte 2 Akte

Bei nicht zu großem Andrang als Extra - Einlage

Der große Weihnachts-Film:

Die Blumen-Verkäuferin

Ein zu Herz gehendes Drama in 6 Akten. 6523

An allen Tagen großes Künslerorchester unter Leitung des Kapellm. Carl Wilhelm

Suche zum 1. Januar 1923 tüchtige, flotte

Verkäuferin

für mein Lebensmittelgeschäft. 6476

W. Kaltenpoth.

Geschmackvolle Vereins-Drucksachen!

Alle Vereins-Veranstaltungen Festlichkeiten, Bälle, Konzerte und Theater-Aufführungen

werden dadurch am besten gefördert, wenn sie durch eine wirklich vornehm und geschmackvoll ausgestattete Drucksache angezeigt werden. Es ist daher angebracht, auf die gute Ausstattung aller für diese Zwecke benötigten Drucksachen, wie

Einladungen, Eintrittskarten, Programms, Menü- u. Tanzkarten, Tafellieder, Festschriften

großen Wert zu legen. Bei vorkommendem Bedarf halten wir uns zur schnellen und preiswerten Lieferung vorzüglich ausgeführter derartiger Drucksachen empfohlen

Buchdruckerei Geschw. Schmitz

Castrop, Münsterstraße Nr. 24 * Telefon Nr. 6. *

Der Zinsfuß für Spareinlagen wird vom 1. Jan. 1923 ab auf 5% erhöht. 6524

Sparkasse der Stadt Castrop.

Zahle höchste Preise für gebr. Möbel, Herde usw.

Schäfer, Schwerin Frohlinderstr. 37

Tüchtige, fleißige

Zeitungsbotin

für Bezirk Obercastrop gesucht.

Castroper Zeitung.

Steckenpferd-Seife

v. Bergmann & Co., Radebeul, beste Lilienmilchseife f. zarte, weisse Haut und schönen Teint. Überall zu haben.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder Ausführung schnell und preiswert die

Buchdruckerei Geschw. Schmitz

Castrop.

Trauer-Drucksachen schnellstens.

Verrenkungen

H. Wienert

ist Donnerstags nachm. v 4-6 Uhr

Callenberg, Castrop, Widumerstraße 2. Tel. 495

Wasch-maschinen

eigene Fabrikation, tadellose Ausführung, billigste Preise

Ch. Hoings

(Firma: Fr. Geilmann)

Castrop Hinter d. Post

Matratzen und Sofas

polstert mit bestem Materia dauerhaft und billig auf Neue Polstersachen werden in eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von Gardinen und Dekorationen.

Jakob Deden,

Polsterer und Dekorateur, Widumerstraße 50, Viktoriastraße 65.

Neue

Fahrradbereifung

preiswert zu verkaufen.

Hamann, 6501

kath. Gesellenhaus.



Solchen herrlichen Kuchen

backt die Mutter mit dem vorzüglichen

Wanner Backpulver

Grosse Triebkraft. Nie versagend

Wanner Nährmittelfabrik Wilhelm Wagener Wanne i/W

B. Wellner

METROPOL-THEATER

Mittwoch 27. 12 Donnerstag 28. 12

Die große Zirkus-Sensation:

Wenn nie durch Liebe Leid geschah



Ein erschütterndes Drama in 6 Akten aus der bunten Welt der Flitter mit einem großen Zirkus-Programm.

Charlie Chaplin

in seinem neuen Lachschlager.

Das Opfer

der 6528

Ellen Larsen

Der Herzensroman einer schönen Frau, welche um ihres Kindeswillen alle Qualen erduldet, welche eine unglückliche Ehe mit sich bringt. Sechs unvergleichlich schöne Akte.

Schl... ...terkeit — Riesigen Lach... ... das urgelungene Lustspiel

5000 Dollar für ein Kind

Amerikanische Humoreske in 2 Akten.

Erstklassige Begleitmusik

unter persönl. Leitung des Herrn Kapellmeisters Hans Schmitt.